367-7334

VERÖFFENTLICHUNGEN DES VERBANDES
FÜR INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG
HEFT 2

DIE AUSWÄRTIGE POLITIK
UND
DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG

PROFESSOR Dr. OTFRIED NIPPOLD,
OBERURSEL BEI FRANKFURT A. M.

PREIS 50 Pf.
KOSTENLOS FÜR MITGLIEDER DES VERBANDES
(MITGLIEDERBEITRAG MINDESTENS 3 MARK JÄHRLICH)

STUTTGART
DRUCK VON W. KOHLHAMMER
1912

Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung.

Heft 1. **Der internationale Geist.** Von Nicolas Murray Butler.

Heft 2. **Die auswärtige Politik und die öffentliche Meinung.** Von Prof. Dr. Otfried Nippold.

Heft 3. **Die wichtigste Aufgabe des Völkerrechts.** Von Prof. Walther Schücking.

Heft 4. **Der Beitrag der christlichen Kirchen zur internationalen Verständigung.** Von Prof. Dr. Martin Rade.

Das verflossene Jahr ist für alle diejenigen, die der auswärtigen Politik Interesse entgegenbringen, ein besonders lehrreiches gewesen. Von allen Lehren, die es uns gebracht hat, scheint mir aber keine so beherzigenswert, so sehr des Nachdenkens und des entsprechenden Handelns wert zu sein, wie diejenige, die das Verhältnis der öffentlichen Meinung zu den Fragen der auswärtigen Politik betrifft. Deutlicher als je zuvor ist es zutage getreten, dass wir hier vor Aufgaben stehen, die mit äusserster Dringlichkeit an unser patriotisches und staatsbürgerliches Empfinden appellieren, weil von ihrer Lösung nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft des deutschen Volkes abhängt.

Man hat auf die öffentliche Meinung gerade in der auswärtigen Politik mit Recht in immer steigendem Maasse Wert gelegt. Als Ziel schwebt uns dabei eine internationale Politik vor, die von der öffentlichen Meinung der Völker getragen wird. Und es ist in der auswärtigen Politik, die durch innere Parteigegensätze ja nicht berührt zu werden braucht, zweifellos auch wesentlich leichter als in der inneren Politik, eine einheitliche öffentliche Meinung zu erzielen, die uns mehr oder weniger ein Bild von dem Denken und Empfinden der gesamten Bevölkerung bietet. Je deutlicher eine solche öffentliche Meinung zutage tritt, um so mehr wird man mit der Zeit auch dazu gelangen, ein Verantwortlichkeitsgefühl der gesamten Nation für ihre auswärtige Politik zu schaffen. Die Teilnahme weiterer Kreise an diesen Fragen ist daher von der grössten Bedeutung. Je mehr man davon überzeugt ist, dass unsere heutigen internationalpolitischen Verhältnisse unzulängliche sind (und wer hätte wohl diese Ueberzeugung nicht?), desto grössere Hoffnungen wird man an das allmähliche Erstarken der öffentlichen Meinung in der Kulturwelt knüpfen.

Ja, wer sehnte sich wohl nicht heraus aus unseren heutigen politischen Zuständen des gegenseitigen Misstrauens, der Unsicherheit, der stets neuen Beunruhigungen! Und gerade diejenigen, die dieses Uebel an der Wurzel fassen möchten, die die Schuld an diesen Zuständen nicht etwa nur einzelnen Staatsmännern und Diplomaten in die Schuhe schieben (obschon auch in der Diplomatie zweifellos manches besser sein könnte), sondern

die erkannt haben, dass das ganze System der internationalen einseitigen Machtpolitik von heute im Grunde ein verkehrtes ist, und dass eine Besserung daher nicht von heute auf morgen kommen kann, gerade sie werden die grössten Hoffnungen darauf setzen, dass die öffentliche Meinung allmählich ein wirklicher Machtfaktor wird, der bei den Entschliessungen der Regierungen mit in die Wagschale fällt und die Richtungen, die die internationale Staatenpolitik einschlägt, mit beeinflusst. Nur auf diesem Wege wird man in den Kulturstaaten allmählich zu einer wirklich nationalen Politik gelangen, in der die ganzen Nationen mit ihren Regierungen einiggehen. Wenn irgend etwas geeignet wäre, die Aera des politischen Misstrauens endlich einmal zu beseitigen und den Gedanken an einen Zwiespalt zwischen den Absichten der Diplomaten und den Wünschen der Völker gar nicht mehr aufkommen zu lassen, dann wäre es daher eine Organisation der öffentlichen Meinung der Kulturwelt. Mit ihrer Hilfe allein könnte man wohl mit der Zeit dazu gelangen, der internationalen Politik mehr und mehr den Stempel einer wahren Kulturpolitik aufzuprägen, unter der der ewigen Unruhe endlich ein Ziel gesetzt wäre und unter der der Friede nicht mehr so leicht eine Störung erfahren würde.

In diesen Hoffnungen auf die öffentliche Meinung haben nun die Ereignisse des letzten Jahres wohl manchen etwas stutzig gemacht. Ich meine damit nicht die politischen Ereignisse selbst, sondern gewisse Nebenerscheinungen, vor allem die Art, wie sich die öffentliche Meinung oder dasjenige, was man dafür hielt oder ausgab, in den auswärtigen politischen Fragen geltend gemacht hat. Und diese Erscheinungen sind es, die ich als die bemerkenswerteste Lehre dieser politischen Episode bezeichnen möchte, eine Lehre, die wir nicht an uns vorübergehen lassen sollten, ohne daraus für die Zukunft Nutzen gezogen zu haben.

Die öffentliche Meinung, die Meinung des Volkes, — wenn nicht aller Volksgenossen, so doch des Grossteiles derselben, der überwältigenden Volksmehrheit! Kommt diese Meinung auch wirklich zum Ausdruck, genügend zum Ausdruck? Und wo? Bietet vor allem die Presse ein wirkliches Spiegelbild dieser öffentlichen Meinung, oder gibt sie etwa nur die Ansichten ihrer Redakteure wieder? War das, was man im verflossenen Jahr zu hören und zu lesen bekam, wirklich immer der Ausdruck der öffentlichen Meinung? Diese Fragen sind es wohl wert, einmal näher untersucht zu werden, denn von ihrer richtigen Beantwortung kann das Wohl und Wehe der ganzen Nation abhängen.

Das vergangene Jahr hat nach dieser Richtung hin uns viele Dinge klarer erkennen und durchschauen lassen, als dies wohl jemals früher der Fall gewesen ist. Es hat deutlich gezeigt, dass man sich mit Bezug auf die öffentliche Meinung in den hier einschlägigen Fragen keinem übertriebenen Optimismus hingeben darf und dass noch eine grosse Arbeit getan werden muss, wenn man überhaupt auf eine Besserung der Zustände in der internationalen Politik hoffen will.

Festgestellt muss zunächst werden, dass bis vor kurzem in weiteren Kreisen das Interesse für die Fragen der auswärtigen Politik ein recht mässiges war. Nur bei besonderen Gelegenheiten pflegte sich die öffentliche Meinung auch mit diesen Fragen stärker zu befassen. Man hatte sich in Deutschland von früherher daran gewöhnt, diesen Zweig der staatlichen Verwaltung als in starker Hand so wohl aufgehoben zu betrachten, dass man es kaum für nötig erachtete, ihm eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Erst ganz allmählich ist das Interesse an diesen Fragen ein regeres geworden, und lebhafter als zuvor ist es im vergangenen Jahre zutage getreten.

Aber wie hat sich dieses relativ neue Interesse nun geltend gemacht? Es konnte angesichts des soeben hervorgehobenen Umstandes wohl nicht besonders überraschen, dass das Verständnis für die auswärtigen politischen Fragen im allgemeinen noch ein recht mangelhaftes war. Auffallender war schon, dass diese Erscheinung auch unter den Gebildeten, und zwar bis in die höchsten Bildungsschichten hinauf, zutage trat. Was man namentlich vermissen musste, war Unabhängigkeit des Urteils, auch da, wo man diese hätte erwarten dürfen. Aber es standen eben nur wenige diesem Komplex von verwickelten Problemen mit geschultem Blicke gegenüber, so dass sie sich ein selbständiges Urteil zu bilden vermochten.

Hand in Hand mit dieser häufig zu konstatierenden Unkenntnis und Unselbständigkeit ging und geht heute noch eine Hypernervosität in der Beurteilung aller Vorgänge auf internationalpolitischem Gebiete. Auch die allerunschuldigsten Vorfälle werden sofort unter die Kriegslupe genommen. Der Unbewanderte — ihre Zahl ist leider erschreckend viel grösser als man hätte denken sollen — glaubt wegen jeder noch so geringfügigen Meinungsdifferenz zwischen den Regierungen (und solche Meinungsverschiedenheiten kommen im offiziellen diplomatischen Verkehr alle Tage vor) werden die Staaten nun sofort zum Schwerte greifen. Während die Regierungen selbst ganz ruhig miteinander verhandeln, sind draussen die Uneingeweihten in der grössten Aufregung.

Diese Aufregung wäre wohl in den meisten Fällen eine viel geringere, wenn man sich in weiteren Kreisen darüber im klaren wäre, nicht nur wie die internationale Politik wirklich gemacht wird, sondern auch wie vielfach Stimmungen in der Bevölkerung künstlich gemacht werden. Es ist das ein Punkt, über den sich die wenigsten klar zu sein scheinen und der doch von der allergrössten Bedeutung ist. Wie entstehen denn viele solche Stimmungen? Doch einfach dadurch, dass der Durchschnittszeitungsleser auf den Inhalt seiner Tageszeitung schwört und dass nachher am Stammtisch das Gelesene sich zu einer festen Meinung verdichtet, und dass der neu Hinzukommende dieser Milieusuggestion unterliegt. Ja, der Einfluss der sogenannten Massensuggestion auf die Bildung der öffentlichen Meinung darf nicht verkannt werden und die Politiker sind nur zu sehr gewöhnt, mit diesem Faktor zu rechnen!

Wenn wir nun aber fragen, woher die Nachrichten stammen, die Stimmungen in international-politischen Fragen erzeugen, so werden wir finden, dass die Quellen recht verschiedene sein können.

Nachrichten aus dem Gebiete der auswärtigen Politik gelangen in die Presse einmal indirekt aus Regierungskreisen durch die offiziösen Pressebureaus des Auswärtigen Amts oder des Reichsmarineamtes, durch das Wolffsche Telegraphenbureau, gelegentlich auch durch die Korrespondenten grösserer Zeitungen. Sie sollen natürlich dazu dienen, die Politik der Reichsregierung zu erklären und zu stützen.

Daneben gibt es eine Reihe von Organisationen, die sich mit Fragen der auswärtigen Politik befassen und die durch ihre Korrespondenzen auf die Presse und indirekt auf ein weiteres Publikum einwirken. Solche Organisationen sind der Alldeutsche Verband, der Flottenverein, der Wehrverein, der Kolonialverein u. a. Ihre Artikel werden oft von grossen Blättern übernommen und gehen von dort in die Provinzpresse bis in die kleinsten Winkelblättchen über. Nach ihrer Herkunft fragt im allgemeinen kein Mensch, trotzdem solche Nachrichten durch die verschiedenen Pressemedien hindurch oft hunderttausende von Lesern finden.

Schliesslich kommt noch als eine weitere Quelle die Presse selbst in Betracht. Die Sache steht in der Zeitung gedruckt, also muss sie wahr sein, und man darf seinen Kombinationen freien Lauf lassen.

Es ist nun klar, dass die von manchen solchen Organisationen, wie die obigen, ausgehenden Nachrichten, ebenso wie diejenigen gewisser Pressorgane, auch im Sinne von deren Tendenzen gehalten sind, und dass sie weder stets auf unbedingte Richtigkeit und Zuverlässigkeit noch auch auf Objektivität Anspruch erheben,

und dass also auf diesem Wege in der Bevölkerung häufig einfach Stimmungsmache betrieben wird. Das Merkwürdige ist nur, dass die Objekte dieser Mache, die Leser, hiervon meist nichts zu merken scheinen und alles ohne weiteres für bare Münze nehmen. Der deutlichste Beweis dafür, dass die Zahl der urteilsfähigen, der selbständig denkenden Leser heute in unserem papierenen Zeitalter leider noch eine recht kleine ist. Und das Bedenkliche dabei ist, dass je nach dem Inhalte einer solchen Nachricht die nationalen Leidenschaften durch eine solche künstliche Mache in kurzer Zeit bis zur höchsten Erregung anschwellen können. Wie gefährlich das aber ist, dafür bieten uns manche andere Völkerschaften ja recht deutliche Belege.

Einer solchen Stimmungsmache konnte man nun im vergangenen Jahre nicht etwa nur gelegentlich begegnen, sondern sie ist in letzter Zeit vollkommen systematisch und kontinuierlich betrieben worden. Der Reichskanzler hat sich mit Recht gegen dieses Treiben gewendet. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die oben geschilderte Nervosität des Publikums zum grossen Teil auf solche Stimmungsmache zurückzuführen ist. Lässt sich doch ohne Mühe konstatieren, dass durch dieselbe von einem Tag zum anderen die Stimmung eines grossen Prozentsatzes der Bevölkerung völlig umgewandelt werden kann. So wird also die Unruhe und Nervosität gewissermassen künstlich und systematisch gezüchtet. Ich widerstehe nur ungerne der Versuchung, dies durch einige Illustrationen aus dem letzten Jahre zu belegen; aber ich möchte hier nicht in eine Erörterung tagespolitischer Fragen eintreten. An Material fehlt es dazu wahrlich nicht.

In welchem Sinne die öffentliche Meinung dabei von manchen Organisationen und Pressorganen bearbeitet worden ist, bedarf wohl keiner Darlegung. Die Mache, die von gewissen Seiten betrieben wird, dient weder der Erhaltung des Friedens noch der internationalen Verständigung, sondern sie zielt mehr oder weniger bewusst auf das Gegenteil.

Wenn ich damit hier auf den Chauvinismus zu sprechen komme, der von bestimmten Pressorganen und Organisationen auch in Deutschland gepflegt wird, so möchte ich von vornherein feststellen, dass es mir ferne liegt, in diesen Erscheinungen eine spezifisch deutsche Eigentümlichkeit sehen zu wollen. Wir finden dieselbe Erscheinung heute in nahezu allen Ländern und sie muss in jedem dieser Länder bekämpft werden. Ich will auch nicht behaupten, dass der Chauvinismus in Deutschland schlimmer, oder dass er auch nur annähernd ebenso schlimm sei, als in manchen anderen Ländern. Aber hier in Deutschland können wir uns doch nur mit dem deutschen Chauvinismus befassen und

müssen es den Franzosen und Engländern überlassen, den ihrigen bei sich zu bekämpfen. Beim deutschen Chauvinismus muss nun das allerdings auffallen, dass er sich früher nicht so offen hervorgewagt hat, wie heute. Es ist als ob seine Anhänger glaubten, ihre Stunde sei jetzt gekommen. Und so sind sie denn eifriger als jemals früher am Werk.

Die Kreise, die wir heute an diesem Treiben zum Kriege beteiligt sehen, haben grossenteils anfänglich durchaus lobenswerte Tendenzen verfolgt. Sie sind von dem durchaus richtigen Gedanken ausgegangen, dass das deutsche Nationalgefühl der Stärkung bedürfe. Es bedarf derselben vielfach heute noch! Aber die Kreise, die sich seine Stärkung zur besonderen Aufgabe gemacht haben, sind sich daneben gar nicht bewusst geworden, dass manches, was man vor 25 Jahren noch besonders betonen musste, heute doch nicht mehr so der Betonung bedarf, dass eine Wahrheit, die man jahrzehntelang gepredigt hat, schliesslich Wurzel fassen, und dass ihre allzu häufige Betonung dann leicht vom Uebel werden kann. Und so sind sie mit ihren Bestrebungen vielfach auf Abwege geraten und haben oft über das Ziel hinausgeschossen. An Stelle eines durchaus berechtigten Nationalgefühls haben sie einen Nationalismus und Chauvinismus grossgezüchtet, der geeignet ist, ihrem Vaterlande die ernstesten Gefahren zu bereiten. Wer sich etwas mit Volkspsychologie befasst hat, der wird die Gefahr, die in diesem Treiben liegt, nicht verkennen. Es handelt sich um eine eigentliche Schädigung der Volksseele, die hier ganz systematisch betrieben wird. Mit Zuhilfenahme patriotischer Schlagwörter (auf Schlagwörter reagiert die grosse Menge ja immer gerne) und indem man der nationalen Eigenliebe durch Selbstbeweihräucherung schmeichelt, versucht man die Massen mehr und mehr für diese chauvinistische Gedankengänge zu gewinnen.

Das ist natürlich nur möglich durch Herabsetzung der anderen Nationen. An der eigenen Nation ist alles gut, an den anderen Nationen alles schlecht; das ist so ungefähr die Quintessenz aller nationalistischen Argumentationen. Und diesem Grundsatze entspricht auch das Verhalten der nationalistischen Presse. Die für das Ausland günstigen Momente und Nachrichten werden entweder systematisch totgeschwiegen oder lächerlich gemacht, die ungünstigen aber ins Ungeheuere aufgebauscht. So wird das Feuer stets von neuem geschürt. Es war für den besonnen und gerecht Urteilenden wirklich kein Vergnügen, im vergangenen Jahre im deutschen Blätterwalde herumzuwandeln. Wer nur seine täglichen Zeitungen liest, macht sich keinen Begriff davon, in welch unverantwortlicher Weise da häufig gearbeitet worden ist. Und was die Zeitungen nicht aus-

sprechen, das vollenden dann die politischen Broschürenschreiber, die nachgerade zu einer wahren Landplage geworden sind. Es ist gegenüber diesem Treiben für die ernsthafte anständige Presse gar nicht immer so leicht, ihren Standpunkt zu wahren.

Was diese Machenschaften der chauvinistischen Kreise vor allem bedenklich macht, das ist nun aber der Umstand, dass sie ihre Behauptungen immer als die Meinung des deutschen Volkes auszugeben suchen, dass sie ihren Mitbürgern zu suggerieren suchen, dass sie die Majorität, dass sie das Volk seien. Gerade so, wie man sich in diesen Kreisen immer so geberdet, als ob man den Patriotismus allein gepachtet hätte — während man doch in Wirklichkeit häufig gegen die Interessen des Vaterlandes handelt —, so nimmt man auch das deutsche Volk ohne weiteres für seine Argumentationen in Anspruch. Hätten diese Kreise darin recht, dann würde man im Auslande nicht mit Unrecht in Deutschland heute eine Hauptgefahr für den Weltfrieden erblicken.

Damit komme ich wieder zu meiner oben gestellten Frage zurück: Was ist denn eigentlich die öffentliche Meinung? Jedenfalls, wie wir gesehen haben, nicht alles, was sich als solche ausgibt. Ja, mehr als das: Ich möchte geradezu sagen, was in solchen Zeiten wie im vergangenen Jahre am wenigsten zum Ausdruck kommt, was sich unter dem Einflusse der Milieusuggestion kaum hervorwagt, das ist gerade die eigentliche Volksmeinung, die wirkliche öffentliche Meinung.

Ich glaube nicht, dass das schwer nachzuweisen ist. Wenn wir fragen, welches ist denn wohl die Grundstimmung des deutschen Volkes mit Bezug auf die auswärtige Politik, so dürfen wir unbedenklich sagen: Das deutsche Volk will, ebenso wie seine Regierung, eine Friedenspolitik. Es will keinen vom Zaun gebrochenen Krieg. Das deutsche Volk ist sich seiner Kraft bewusst und es wird seine Ehre im Ernstfall auch mit dem Schwerte zu wahren wissen. Aber daneben ist es friedliebend und will nichts davon wissen, dass man ohne jede Not einen Krieg bloss um des Krieges willen heraufbeschwört, einen Krieg, der auch den Sieger in das grösste Elend stürzen und niemandem Nutzen bringen würde. Und das deutsche Volk will auch mit seinen Nachbarn, soviel an ihm liegt, in Freundschaft leben. Es will keine Feindschaften à tout prix pflegen. Und es bringt anderen Völkern dieselbe Achtung entgegen, die es von ihnen für sich in Anspruch nimmt.

Mit dieser Auffassung des deutschen Volkes steht die Politik der deutschen Regierung glücklicherweise durchaus im Einklang. Die deutsche Politik der letzten 40 Jahre darf in Wahrheit eine Friedens-

politik genannt werden. Von seiten des deutschen Kaisers ist dieser redliche Friedenswille des öfteren ausdrücklich betont worden.

Dasselbe wie von Deutschland dürfen wir nun aber auch von anderen Ländern sagen. Das französische und das englische Volk sind in ihrer grossen Mehrheit ebenso friedlich gesinnt wie das deutsche, und ihre Regierungen haben denselben Wunsch wie die deutsche, dass der Frieden erhalten bleibe. Wenn man noch hinzunimmt, dass ein wirklicher Grund zu einem Kriege zwischen diesen Mächten gar nicht vorhanden ist und dass sie unendlich mehr gemeinsame als divergierende Interessen haben, so muss man sich in der Tat wundern, wenn trotz alledem eine solche Gewitterschwüle in der politischen Atmosphäre liegt und so viele Leute von einem Kriege zwischen diesen Mächten reden. Ein Krieg, zu dem kein Grund vorliegt und den keiner der Beteiligten will, das wäre denn doch eine Ironie der Weltgeschichte, wie sie ärger nicht erdacht werden kann.

Aber welches ist denn nun der Grund aller dieser Befürchtungen? Doch lediglich der, dass man mit etwas Unberechenbarem zu rechnen hat. Dieses Unberechenbare aber, das sind heute weniger die beteiligten Regierungen, als eben vor allem die Stimmungen, die in gewissen Teilen der Bevölkerung künstlich gemacht werden und die dann mit dem Anspruche auftreten, als öffentliche Meinung zu gelten. Der Reichskanzler hat im vergangenen Jahr mit Recht betont, die Gefahr für den Frieden liege weniger bei den Regierungen, als bei gewissen Minderheiten. Gewiss sind es Minderheiten, um die es sich dabei handelt, ja es sind, wenn man die Gesamtheit der Bevölkerung in Betracht zieht, sogar verschwindende Minderheiten. Aber was ihnen an Zahl abgeht, das ersetzen diese Kreise dadurch, dass sie mit mehr Lärm auftreten und eine Suggestion auf die übrige Bevölkerung auszuüben suchen. Denn sie haben den Vorteil voraus, dass sie organisiert sind, während die übrige Bevölkerung nicht organisiert ist, so dass die wahre öffentliche Meinung, der eigentliche Volkswille, häufig entweder gar nicht oder doch nur mangelhaft zum Ausdruck kommt.

Zieht man die Politik der Regierungen und die wirkliche Volksstimmung in Betracht, so wird man also zu dem Ergebnis kommen, dass die Kriegsgefahr der Gegenwart nicht in erster Linie von diesen droht, sondern dass sie vor allem in dem Treiben der Chauvinisten zu erblicken ist, darin, dass eine von diesen künstlich gemachte anscheinende öffentliche Meinung einmal die Oberhand gewinnen könnte. Was die Politik der Regierungen anlangt, so möchte ich in dieser Beziehung nur an ein Wort erinnern, das Graf Berchtold im September 1912 gesprochen hat: dass gegenwärtig kein Grund vorliege, eine Span-

nung zwischen den beiden Mächtegruppen zu besorgen und dass ein Zusammenwirken aller Grossmächte in der gleichen, auf die Erhaltung des Friedens abzielenden Richtung ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einem der beiden europäischen Allianzsysteme möglich sei. Auch Sir Edward Grey hat ja im Frühjahr betont: die Teilung der europäischen Mächte in zwei Gruppen müsse keineswegs zur nötigen Folge haben, dass sich dieselben in zwei entgegengesetzten diplomatischen Lagern gegenüberstehen. Angesichts der jetzigen Lage am Balkan darf man daher sehr wohl auf ein Zusammenwirken der sechs Grossmächte rechnen.

Ich halte, wie ich schon anfangs erklärt habe, unser heutiges politisches System für nichts weniger als vollkommen und ich gestehe sogar gern, dass ich es für viel erspriesslicher halten würde, wenn wir in Europa statt zwei Mächtegruppen nur eine hätten, wenn Dreibund und Triple-Entente sich überhaupt zu einer gemeinsamen Wahrung der gemeinsamen europäischen Interessen vereinigen könnten. Und ich gestehe auch, dass mir persönlich ein Dreibund, der aus Deutschland, Frankreich und England bestehen würde, viel lieber wäre als der jetzige, weil ein solcher Dreibund eine wirkliche Friedensgarantie wäre und es den Mächten erlauben würde, nicht nur Macht-, sondern auch Kulturpolitik zu treiben. Das aber sind vorläufig fromme Wünsche. Worauf es heute ankommt, das ist, die heutige politische Lage in der richtigen Beleuchtung zu sehen, fern von übertriebenem Optimismus, aber ebenso von schwarzmalendem Pessimismus. Und da müssen wir, wenigstens wenn wir den wirklichen Willen der Völker und die Absichten der Regierungen in Betracht ziehen, sagen, dass zu dem vielen Gerede vom Kriege häufig doch eigentlich recht wenig wirklicher Grund vorliegt und dass die Trübungen am politischen Horizonte doch vielfach in recht übertriebenem Lichte geschildert werden, dank der Mache derjenigen Kreise im In- und Auslande, die die Staatsschiffe gern auf den Krieg lossteuern sehen möchten.

Diese mit dem Anspruch, als öffentliche Meinung zu gelten, auftretende Stimmungsmache, sie bildet in Wahrheit also heute die hauptsächlichste Kriegsgefahr und gegen sie muss man sich daher vor allem wenden. Dass die Chauvinisten eine solche Gefahr sind, und dass sie eine solche Gefahr bewusst sein wollen, das haben sie während der Marokkoverhandlungen ja bewiesen. Wenn damals der Friede bedroht erschien, so lag die Ursache dazu durchaus ausserhalb der eigentlichen Verhandlungen. Die deutsche und die französische Regierung suchten dabei zwar jede ihren Vorteil, aber sie hatten durchaus nicht im Sinne, es deshalb zu einem Kriege kommen zu lassen. Die englische Ein-

mischung will ich dabei gewiss nicht entschuldigen. Der Reichskanzler hat damals für sie das rechte Wort gefunden. Aber dass die Alldeutschen sich berufen fühlten, auch gegen den Willen des Kaisers und der Reichsregierung auf den Krieg hinzuarbeiten, das zeigt, wessen man sich von diesen Kreisen zu gewärtigen hat. Der Staatssekretär von Kiderlen-Wächter, der später im Reichstage bestätigt hat, dass er sich im Anfang der Alldeutschen hatte bedienen wollen, um für die Regierungspläne Stimmung zu machen, ist nachher die Geister, die er gerufen hatte, nicht wieder los geworden, und er wird es sich zweimal überlegen, bevor er sich wieder an die Alldeutschen wendet. Es ist eben ein gefährliches Ding, mit den Volksleidenschaften spielen zu wollen.

Doch ich glaube, mir weitere Beispiele sparen zu können. Die Marokkokrise vor allem war lehrreich über die Maassen, nicht nur für die chauvinistischen Umtriebe, sondern auch für die Leichtgläubigkeit des Publikums. Kein Sensationsgerücht war so unsinnig, dass es nicht ohne viele Prüfung sofort seine Gläubigen gefunden hätte. An die einfachsten Vorgänge, die für den Eingeweihten durchaus natürlich waren, konnten sich die törichtsten Vermutungen und Gerüchte knüpfen. Dinge, die für die beteiligten Diplomaten absolut nichts Beunruhigendes hatten, waren im Publikum Gegenstände der grössten Sorge. Und viele gute Vaterlandsfreunde, die aber mehr mit dem Herzen als mit dem Verstande arbeiteten, haben sich kritiklos zu Forderungen hinreissen lassen, die der Politiker nur als utopische bezeichnen kann. Viele gutgesinnte Männer glaubten, patriotisch zu handeln, wenn sie die phantastischen Forderungen der Alldeutschen und ihrer Presse unterstützten. Mit Recht konnte damals der Reichskanzler sagen: Um utopistischer Eroberungspläne und um Parteizwecke willen die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze bringen, das heisst den Patriotismus kompromittieren, ein wertvolles Gut verkaufen.

Doch was folgt nun aus alle dem? Welche Nutzanwendung ist aus dem Gesagten zu ziehen? Wir haben gesehen, dass die wahre Meinung der Bevölkerung über die auswärtige Politik sehr häufig gar nicht oder nur ungenügend zum Ausdruck gelangt ist, und zwar vor allem deshalb, weil es ihr an einer Organisation fehlt. Diejenigen, die das Kriegsfeuer zu schüren suchen, sind organisiert. Nicht aber organisiert sind diejenigen, die lediglich das wollen, was in Wirklichkeit die öffentliche Meinung ist. Diese letzteren sind also offenbar trotz ihrer weit grösseren Zahl im Nachteil. Also — so scheint man doch folgern zu dürfen — muss eben eine Organisation geschaffen wer-

den, die dieser öffentlichen Meinung zum Ausdruck verhilft, ja, die noch mehr tut, die auf eine Erziehung der öffentlichen Meinung in den Fragen der auswärtigen Politik hinarbeitet, eine Erziehung, die weiteren Kreisen zu einem selbständigen, vorurteilsfreien und ruhigen Urteil in diesen Fragen verhilft, die ihr Verantwortlichkeitsgefühl stärkt und sie dadurch immun macht gegenüber der Sensationsmache namentlich der nationalistischen Presse.

Eine solche Organisation der öffentlichen Meinung darzustellen, ist nun eine der Aufgaben, die sich der Verband für internationale Verständigung gestellt hat. Wir wissen wohl, es gibt eine Menge Leute, die unsere Auffassung durchaus teilen, die aber der Meinung sind, dass das alles ja doch nichts hilft und die daher lieber die Hände in den Schoss legen. Gegen diesen Indifferentismus und Skeptizismus vor allem haben wir anzukämpfen. Gelingt es uns, ihn zu besiegen, dann haben wir auch gewonnenes Spiel. Denn in der Sache wissen wir uns mit der Mehrheit des deutschen Volks eins.

Friedrich Curtius hat kürzlich in der »Korrespondenz« unseres Verbandes trefflich ausgeführt: Die Schwierigkeit der Aufgabe unseres Verbandes liege vor allem in ihrer Vernünftigkeit. Für eine einseitige Idee, ein leidenschaftlich gesteigertes Verlangen sei die Propaganda leicht, man könne sich starker Worte bedienen, und auf leicht erregbare Stellen der menschlichen Seele wirken und insofern sei sowohl der kriegerische Nationalismus wie der prinzipielle Pazifismus dem bescheidenen und nüchternen Programm unseres Verbandes überlegen. Und doch komme es darauf an, nicht einzelne, sondern Massen zu gewinnen und dadurch eine Macht zu werden, mit der die Regierungen rechnen müssen. Es müsse dahin kommen, dass der Verband nicht nach Tausenden, sondern nach Hunderttausenden zähle. — Das ist vollkommen richtig. Der Verband will nur, was der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung auch will. Es kommt nur darauf an, die Gleichgültigkeit der Massen oder vielleicht richtiger deren Hoffnungslosigkeit zu bekämpfen und ihnen zu zeigen, wie sehr eine Organisation aller vernünftigen Vaterlandsfreunde nottut und dass sie auch sehr wohl durchführbar ist.

Was ich heute hier über die Uebelstände in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung ausgeführt habe, sollte mit dazu dienen, Ihnen diese Notwendigkeit vor Augen zu führen. Ich habe es dabei nach Möglichkeit vermieden, meinen Worten einen polemischen Anstrich zu geben. Aber schliesslich musste ich doch die Grenzen abstecken und zeigen, was wir wollen und wer alles bei uns mitmachen kann. Ich glaube, es gibt heute, wo so viel vom Kriege geredet wird, keine Organisation, die so notwendig

wäre wie unsere, und keine, die so geschaffen ist, eine zahlreiche Gefolgschaft zu erhalten. Ein Verband, der sich die Aufgabe stellt, eine Organisation der öffentlichen Meinung zu schaffen, die breiten Massen über die auswärtige Politik aufzuklären und sie so gegen die Suggestionen der nationalistischen Mache zu wappnen, er müsste alle Volkskreise umfassen und mit Leichtigkeit stärker werden können, als alle anderen Organisationen, da das, was er anstrebt, nicht nur vernunftgemäss, sondern auch im Interesse des gesamten Vaterlandes, aller Volksgenossen gelegen ist, ohne alle Parteiunterschiede.

Was wir dringend brauchen, das ist eine feste unabhängige öffentliche Meinung, die nicht heute so und morgen so denkt, die sich durch keinerlei Machenschaften beirren lässt. Nur wenn wir eine solche öffentliche Meinung haben, ist es in Wahrheit ein Fortschritt, dass diese sich auch der auswärtigen Politik zuwendet. Mit Recht betont Curtius, dass, wenn der Weg der Suggestion das einzige wäre, auf dem eine nationale Ueberzeugung gebildet werden könnte, dass es dann viel besser wäre, die öffentliche Meinung zu ignorieren und zu der Staatsauffassung Ludwigs XIV. zurückzukehren. Wir brauchen eine öffentliche Meinung, die so hoch steht, dass die Suggestionen nicht an sie heranreichen, die die wirkliche Meinung des Volkes zum Ausdruck bringt und davon Zeugnis ablegt, dass das deutsche Volk über seiner Ehre wacht, dass es aber dabei friedliebend ist und auch den Nachbarn zu Ehren kommen lässt. Und diese öffentliche Meinung muss stark werden, so stark, dass sie in kritischen Zeiten auch eine Stütze unserer auswärtigen Politik bedeuten kann. Wenn unser Verband auch unabhängig von den Regierungen sein muss, so könnten doch Zeiten kommen, in denen die Leidenschaften wachgerufen sind, wo man vielleicht froh sein wird, an uns appellieren zu können. Sind wir einmal stark, dann braucht uns also um den Frieden nicht bange zu sein, wenigstens da, wo ein Krieg vermeidbar erscheint.

Unser Verband ist aber im übrigen weit davon entfernt, einer Verständigung à tout prix das Wort reden zu wollen. Wir werden, wo es nötig ist, stets die nötige Reserve bewahren. Aber wir wollen anderseits auch nicht, dass man in Europa den Deutschen allein alle Schuld beimesse an der kriegerischen Atmosphäre der Gegenwart. Wir wollen den andern Völkern zeigen, dass man mit uns auch leben kann, und dass wir bei aller Wahrung unserer Eigenart doch auch Verständnis für die Eigenart fremder Nationen besitzen und andere auch zu ihrem Recht kommen lassen. Gerechtigkeit wollen wir setzen an die Stelle der nationalen Selbstbeweihräucherung.

Und wenn wir gegen den Chauvinismus ankämpfen, so erwarten und verlangen wir von unseren Mitgliedern andererseits keineswegs, dass sie auf irgendein pazifistisches Programm eingeschworen sind. Ich betone dies, ohne den Herren von den Friedensgesellschaften zu nahe treten zu wollen. Unser Programm ist ein wesentlich anderes, es hat keinerlei pazifistische Voraussetzungen. Wir befassen uns nicht mit der Frage, ob man den Krieg abschaffen kann, ja wir glauben, dass es Kriege geben kann, denen ein Volk gar nicht ausweichen darf. Nur suchen soll man den Krieg nicht. Man soll die Völker nicht zu durchaus vermeidbaren, grundlosen Kriegen treiben, die dabei auch für den Sieger das Opfer, das er bringt, auch nicht annähernd verlohnen würden. Wir sind auch der Meinung, dass in einer Aera des politischen Misstrauens, wie die unsrige, jedes Volk gerüstet sein muss. Was wir bekämpfen möchten, sind nicht sowohl die Rüstungen, als vielmehr das gegenseitige Misstrauen, das zu diesen Rüstungen geführt hat, und das von den Chauvinisten in allen Ländern systematisch geschürt wird. Gelingt uns unsere Aufgabe, die Volkpsyche, die öffentliche Meinung zu erziehen und sie in das Verständnis der internationalpolitischen Probleme allmählich einzuführen, dann muss mit der Zeit auch dieses Misstrauen schwinden und dann wird sicherlich auch das heutige Wettrüsten eines Tages ein Ende nehmen.

Diese Hoffnung dürfen wir um so mehr hegen, als unser heutiges politisches System mit den zwei Mächtegruppen ja doch nur eine politische Tageserscheinung ist. Wie alle Zeitströmungen wird auch dieses System einem andern Platz machen. Einen Erfolg müssen unsere Bemühungen also unter allen Umständen haben. Um so weniger dürfen wir aber zu bequem dazu sein, um an die Vorarbeiten für künftige bessere Zeiten mit Hand anzulegen.

Die Arbeit, die sich unser Verband zu leisten vorgenommen hat, und die ich heute als eine Erziehung der öffentlichen Meinung in den Fragen der auswärtigen Politik gekennzeichnet habe, erschöpft sich nun aber keineswegs etwa in einer Abwehr des Chauvinismus oder anderer politischer Tageserscheinungen. Unser Programm ist vielmehr ein eminent positives. Jeder, der sich mit dem Wesen des modernen Staates beschäftigt hat, weiss, wie ungemein mannigfaltig die Aufgaben sind, die dieser Staat heute auf internationalem Boden zu leisten hat. Wer einen Einblick getan hat in das vielverzweigte Getriebe des Weltverkehrs, der weiss auch, wie zahlreich und wie fein die Fäden sind, die herüber- und hinüberlaufen und wie man sie nicht ohne Not und ohne Schaden durchschneiden kann. In diese modernen

3 1197 22466 7698

staatlichen und sonstigen Aufgaben möchten wir unsere Mitbürger einführen und ihnen ein Bild geben von dem, was da geleistet wird und noch zu leisten ist. Diese Aufgaben liegen auf den verschiedensten Gebieten. Ich will hier nur an die zahlreichen völkerrechtlichen Aufgaben erinnern, die unser Zeitalter zu lösen unternommen hat, und die in den Haager Friedenskonferenzen ihren offiziellen Mittelpunkt erhalten haben. Eine Aufklärung weiterer Kreise über alle diese unser Zeitalter beschäftigenden Probleme tut dringend not. Sie ist das beste Mittel, der Bevölkerung zu zeigen, wie fest die Bande sind, die sich heute von Staat zu Staat, von Land zu Land, von Volk zu Volk schlingen und wie leichtsinnig diejenigen handeln, die gegen diese moderne kulturelle Entwicklung ankämpfen, indem sie einen Krieg vom Zaune brechen möchten. Je mehr die Erkenntnis hievon in den Völkern wächst, desto leichter wird es sein, den heute sich wieder in allen Ländern breitmachenden Chauvinismus in seine Schranken zurückzuweisen, desto eher wird man zu einer internationalen Verständigung gelangen.

Die Arbeit für dieses Ziel muss aber natürlich in allen Ländern in gleicher Weise erfolgen. Wir laufen niemandem nach und verlangen von niemandem, dass er uns nachläuft. Wohl aber arbeiten gleichartige Verbände wie der unsere heute bereits in verschiedenen Ländern für unsere Sache. Ihre Zusammenarbeit soll einmal das schöne Ziel ergeben: Die internationale Verständigung.

Für dieses einfache und vernünftige Ziel zu arbeiten, das darf man heute als eine wahrhaft patriotische Aufgabe bezeichnen. Wir tun nicht so, als ob wir die alleinigen Vaterlandsfreunde wären. Aber wir wissen, dass unser Streben dem Vaterlande zum Segen gereichen muss und in dieser Ueberzeugung geben wir dem Wunsche Ausdruck, dass alle ehrlichen und besonnenen Vaterlandsfreunde sich um unser Banner scharen mögen!